

Parallelen zum Fort Thüngen

Hätte die Stadt Luxemburg auch nur ein halbes Dutzend der insgesamt 23 vorgeschobenen Forts behalten, die die Festung einst zählte, so könnte man achselzuckend sagen, auf ein Fort mehr oder weniger käme es nicht an, und das Museum für Moderne Kunst hätte absolute Priorität vor dem Festungsbauwerk. Doch Fort Thüngen ist nun einmal das einzige, das letzte total erhaltene Fort unseres stolzen "Gibraltar des Nordens". Darum darf das Fort Thüngen, nicht einmal teilweise, zerstört und im Glaspalast des Herrn Pei als kümmerlicher Restbestand, als Souvenir gewißermassen, aufbewahrt werden. Politische Unvernunft und ein auferlegter Machtmißbrauch des Kulturministers und seines Adjunkten haben zu einer unmittelbaren Gefährdung des Forts geführt, gegen die sich jetzt, wie einst gegen den "Grousse Kueb", Tausende von Bürgern zur Wehr setzen.

Kaum noch zu übersehen, wieviel Unannehmbares, wieviel Skandalöses und gefährlich Folgenträchtiges derzeit im Fall "Fort Thüngen contra Moderne-Kunst-Museum" aufeinanderprallt, ohne echte Aussicht auf eine brauchbare Entwirrung des Knäuels: ein voreiliger, jedes demokratischen Konsenses ermangelnder Auftrag der Regierung an einen weltbekannten Architekten bei glatter Übergehung der einheimischen Fachwelt; ein ebenso voreiliges politisches Standort-Engagement der alleinigen Regierung ohne landes- und stadtplanerische Einpflanzungsstudie und ergo ohne sachliche Erwägung von Alternativen; eine empörende, öffentliche Knebelung der durch Gesetz zur Wahrung des Architektur-Patrimoniums ausdrücklich bestellten Amtsstelle und ihres tausendfach bewährten und sehr populären Leiters durch einen kulturpolitischen Hilfsminister, der selber noch die Beweise seiner diesbezüglichen Kompetenz schuldig ist; eine Mißachtung der ererbten Bauten- und Denkmälersubstanz durch höchste politische Verantwortliche zugunsten eines aufdringlichen pseudokulturellen Geltungsbedürfnisses; eine finanzielle Spendierbereitschaft, die alle Masse unserer immer noch kleinstaatlichen Nation übersteigt; ein knallharter Affront großer und immer größerer Teile der Bevölkerung, ausgerechnet in einem Vorhaben, das gegenüber dem Fürstenhaus eine weitestgehende Einigkeit der Bevölkerung angeboten sein läßt; eine Herausforderung eben dieser Dynastie, die ihre eigene Würde riskiert, wenn sie ein Geschenk noch anzunehmen erwägt, über das eine gewisse Elite und deren Helfer und Helfershelfer sich mit vielen andern Bürgern in völlig überflüssigen Zwist und Hader einlassen; ein weiterer Vertrauensverlust von zumeist jungen Bürgern und Wählern, die an traurigen Exempeln wie diesem in immer tiefere Besorgnis um die Zukunft von IHRER Stadt und IHREM Land, in immer ernstere Zweifel über IHR Volk und IHRE politischen Vertreter geraten. Man könnte fast endlos weiterfahren mit der Aufzählung solcher Symptome einer ziellosen politischen Führung, die echte, in diesem Fall kulturelle Werte nicht mehr von pompösem Politgetue und pseudo-kultureller Überheblichkeit zu unterscheiden weiß. Es sei hier der Versuch gewagt, anhand einiger Parallelen einen Mittel- und Ausweg aus der Verwirrung zu suchen.

Die Geschenk-Parallele

Daß unser Volk über seine Regierung dem Landesfürsten zu seinem 25. Dienstjubiläum ein "fürstliches" Geschenk zgedacht hat, mag nicht jedem als eine echte Notwendigkeit erscheinen. Es gäbe in Stadt und Land ungeheuer Wichtigeres und Dringenderes zu tun, das ebenfalls hohen Geldaufwand erfordert, z.B., um nur einige Exempel zu nennen: eine angesichts des auferlegt katastrophalen Wohnungsnotstands nicht mehr aufschiebbare, effiziente Wohnungsbau-Politik mit vor allem einer sozialen Rückbesiedlung des schnell aussterbenden Kerns der Hauptstadt, oder: eine Globallösung der unmittelbar und brutal in die lebende Substanz des Volkes einschneidenden Verkehrs-Unsicherheit, oder: eine konsequente und weitsichtige Prävention des mit den bereits angelaufenen neuen Völkerwanderungen (Süd-Nord und Ost-West) wie in unsern direkten Nachbarländern unmittelbar anstehenden Fremdenhasses und Rassismus'. Trotz alledem: grundsätzlich müßten wir, könnten wir uns bei der derzeitigen Hochkonjunktur, neben dem Ernstnehmen und resoluten Anpacken solcher unerläßlicher Aufgaben, auch aus gegebenem Anlaß gelegentlich eine angenehmere politische Zutat leisten, wie eben ein Geschenk an den Fürsten. Eine Parallele dazu hatte es vor fast 40 Jahren gegeben. Eine Prinzenhochzeit stand damals ins Haus, und das Volk spendete fleißig und freudig für ein Geschenk an das junge Brautpaar. Auch der Staat half freilich mit. Es kam ein "Fonds Jean/Joséphine-Charlotte" zustande. Und siehe, das Fürstenhaus hat damals das Angenehme mit dem Nützlichen vereint und in einer großzügigen Geste dem Volk sein Geschenk zurückgeschenkt, in Gestalt einer Kinderklinik, die um so dringlicher wurde, als die Pädiatrie in unserm Lande damals erst richtig anließ und die übrigen Spitäler schnell vom Andrang kranker Kinder überfordert wurden. Zudem stand eine finstere Drohung im Raum: die Kinderlähmung grassierte, und es herrschte viel Furcht unter den Eltern und bedrohten jugendlichen Menschen. Damals fand sozusagen eine nationale "Tripartite" zwischen Fürstenhaus, Regierung und Bevölkerung im Einklang mit der zuständigen Fachwelt, der Medizin, eine denkbar würdige, wirksame und von jedermann akzeptierte Lösung für das Fürstengeschenk. Das junge Prinzen-Brautpaar demonstrierte durch den Schenkungswechsel seine Solidarität mit

Man könnte fast endlos weiterfahren mit der Aufzählung solcher Symptome einer ziellosen politischen Führung, die echte, in diesem Fall kulturelle Werte nicht mehr von pompösem Politgetue und pseudo-kultureller Überheblichkeit zu unterscheiden weiß.

allen jungen Eltern des Landes und ihrer Angst vor schweren Kinderkrankheiten. Trotz vieler, anfänglicher Probleme funktioniert nun seit Jahrzehnten die "Fondation Jean/Joséphine-Charlotte" als Kinderklinik einwandfrei und zum allgemeinen Nutzen der Bevölkerung. Auch heute ließe sich mit einigem kulantem Umdenken der Politiker leicht das Nützliche mit dem Angenehmen vereinen und das Geschenk an den Landesfürsten in eine wert- und würdevolle öffentliche Einrichtung kultureller Natur verwandeln. Über die glückliche Wahl des Geschenkes sind nämlich alle Bürger einig. Die kunsthistorische und kunstverständige, lebenslange Bildungsarbeit von Joseph-Emile Muller und die Spontaneität unserer Kunstschaaffenden, besonders der Jüngeren unter ihnen, hat sich mit dem Wechsel der Generationen äußerst fruchtbar ausgewirkt. Nie war das Kunstschaffen und das Interesse der Bevölkerung für alle Formen der Kunst so groß wie heute. Bei einem ansprechenden, d.h. nicht zu hochgestochenen Programmangebot könnte das Museum für moderne Kunst zu einem stark beanspruchten Bildungs- und Anschauungsinstitut unseres Landes werden. An der Fähigkeit unseres Landes, personell und finanziell ein dem Bauwerk angemessenes Ausstellungsprogramm am Laufen zu halten, muß allerdings sehr ernst gezwifelt werden. Die Regierung aber hat sich in vielen Hinsichten einen eklatanten Fehlstart des Unternehmens geleistet. Warum läßt sie es heute beim Geschenk der Nation an ihr Oberhaupt auf eine harte Konfrontation ankommen? Warum regiert sie geringschätzig über die Köpfe der Bürger hinweg? Warum hört sie nicht auf ihre gesetzlich bestellten Berater und will ihnen, alle demokratischen Rechte verhöhnend, öffentlich den Mund verbieten? Warum versetzt sie das Fürstenhaus in diese unmögliche Situation? Wie weit will sie ihr böses Spiel mit der Gunst sowohl des Volkes wie der Dynastie noch treiben? Die Geschenk-Parallele von 1953 und deren elegante, konsensgetragene Lösung sollte zu denken geben!

Die Denkmal-Parallele

Regierungsseitig wird die konkurrenzfreie Heranziehung eines der renommiertesten Architekten unseres Jahrhunderts zum Bau des geplanten Museums für Moderne Kunst mit dem Argument verteidigt, das Bauwerk solle zugleich ein "modernes" Kunstmuseum, also ein monumentales Bauwerk von einzigartiger, ästhetischer Prägung werden, ein Denkmal unserer Zeit und der geistigen Öffnung des bislang eher weltverschlossenen Festungsgeistes der Luxemburger. Auch zu diesem Denkmal-Aspekt der FortThüngen-Streitfrage gibt es eine Parallele, die zugleich historische Analogien aufweist: Als vor ziemlich genau 30 Jahren das Fest des (heute ob seiner zeitlichen Genauigkeit nicht unumstrittenen) tausendsten Jubiläums der "Stadtgründung" von Luxemburg bevorstand, sollte ein Millennium-Denkmal dieses Ereignis verewigen. Als Standort war der Bockfelsen ausersehen worden. Denkmal und Platzvorbereitung waren bereits in Auftrag gegeben, da erhoben die Archäologen und Geschichtsforscher den selbstverständlichen Anspruch auf Ausgrabungen und man stieß erwartungsgemäß auf die authentischen Fundamente der alten Siegfriedburg. Es entspann sich, wie jetzt beim Fort

Thüngen, ein durchaus botmäßiges Ringen zwischen den Archäologen und Denkmalschützern einerseits, und andererseits den Verfechtern des Monuments. (Nebenbei bemerkt: Wie heute die "Grünen" auf Drei Eichen, so mußten deren Vorläufer dazumal, wenn auch blutenden Herzens, zugunsten der archäologischen Forschung auf den herrlichen, kleinen Park mit seinen ausgewachsenen Linden verzichten, der in nahezu 100 Jahren auf den Trümmern der einstigen Bockfestung erwachsen war.) Markant an der Denkmal-Parallele ist die damalige Flexibilität der politisch Verantwortlichen. Der kurz und fast ausschließlich intern aufgeflackerte Kampf ums Millennium-Denkmal wurde in salomonischer Weisheit dahingehend entschieden, daß die Burgfundamente und die Festungsrüinen kunstgerecht ausgegraben und konsolidiert und in sich selber als Denkmal des Jahrtausends der Nachwelt überlassen bleiben sollten. Jules Prussen verfaßte dazu einen wohlklingenden, lateinischen Vers mit Chronogramm, den ich dem jetzigen Kulturminister zum Auswendiglernen empfehlen möchte, damit er den nötigen Respekt vor der kulturhistorischen Erbschaft wiederfinde, die er politisch zu verwahren hat. Seit fast 30 Jahren dient das Jahrtausend-Denkmal in seiner stillen, unaufdringlichen Art den Touristen, den Schulen, den Geschichtsfreunden und den Liebhabern alter Sagen und hervorragender Stadtlandschaften als stimmungsvolles und ausdrucksstarkes Ziel ihrer Besuche. Wie Michel Pauly in seinem "forum"-Beitrag zu diesem Thema in zwingender Logik nachwies, kann auch das teuerste und epochalste Denkmal oder Bauwerk nur dann seinen monumentalen Sinn erfüllen, wenn ihm die Gewißheit eines denkbar langen, ungestörten Bestands gesichert ist. In der jetzigen Attitüde der Regierung zum Fall FortThüngen äußert sich jedoch eine unzulässige, verantwortungslose Umbruch- und Wegwerfmentalität, als ob man mit unersetzlichem Kulturgut umgehen könnte wie mit leeren Coca-Cola-Büchsen. Das Fort hat seine Schuldigkeit getan, das Fort soll verschwinden! Oder doch beinahe. Es soll verniedlicht werden zum "lieu-dit", soll mit einigen Türmchen und Mauerstümpfen als Erinnerungsamulett zum Anhängsel des Glas-Museums degradiert werden! Doch die Kulturpolitiker sollten sich tunlichst in Acht nehmen! Es ist mit unermüdlichen, jahrzehntelangen Bemühungen Alfred Steinmetzer und Georges Calteux gelungen, die Luxemburger Bevölkerung für ihre Geschichte und ihr bauliches Patrimonium zu sensibilisieren. Die Luxemburger sind "houfreg" auf ihre alten Bauten geworden. Die willkürliche Zerstörung des Löschenhauses in Echternach, der rezente Abriß der Mühle von Kautenbach und so mancher anderer unersetzlicher Zeugnisse der Vergangenheit haben viel Unmut erzeugt. Auf "Drei Eichen" könnte ein unbedachtes Vorgehen der Regierung das Faß zum Überlaufen bringen. Ein Werk wie das nun ausgegrabene Fort Thüngen NICHT vollständig zu erhalten, so wie die 1963 aufgefundenen Burg- und Festungsfundamente integral erhalten blieben, das hieße, die gesamte, nun sehr geschichtsbewußte Bevölkerung des Landes brutal vor den Kopf zu stoßen. Wenn das Museum für Moderne Kunst als Prunkstück Luxemburgs in unserer Starrolle als Kulturhauptstadt Europas im Jahre 1995 vor dem souveränen Luxemburger Volk Bestand haben soll, dann darf es auf keinen Fall auf einer ausgesprochenen Kultur-

SCHANDE aufgebaut werden, als die man die weitgehende Zerstörung dieses einzigartigen Funds betrachten müßte.

Jemmy Koltz dreht sich im Grabe um

In Gedanken sehe ich den toten Freund Jemmy Koltz sich ob dieses Disputs und des regierungsseitigen Unverstands enttäuscht und empört in seinem Grabe umdrehen. Wie würde er, lebte er noch, den hohen, politisch Verantwortlichen mit seinem Krückstab vor den verdutzten Gesichtern herumfuchteln, um ihnen von der glatten Unannehmbarkeit ihres Ansinnens an Deutlichkeit nicht das Geringste zu ersparen! Alle Hebel seiner Einflußkraft, bis hin zum Ehrenstaatsminister Werner und zum Großherzog selber würde er in persönlichen Demarchen in Bewegung setzen, um das Verbrechen an diesem Fort zu verhindern. Und die vielen andern, älteren Freunde und Bau-Fachleute, die Publizisten und geschichtsbegeisterten Politiker dieser Stadt sehe ich als Autoritäten aufstehen und protestieren: Robert Lentz und Jemp Michels, Chefurbanist Henri Luja und Bautendirektor Schumacher, Carlo Hemmer und Leo Kinsch, Siggie Koenig und Emile Hamilius und viele, viele andere. So weit man um sich herum die Frage stellt, was die Bürger von einem Abriß des Fort Thüngen halten, hört man von jung und alt viel Verärgerung und sieht manches Kopfschütteln über soviel Kopflosigkeit. Als "Denkmal im Denkmal", d.h. als VOLLSTÄNDIG integrierter Bestandteil des modernen Glaspalasts hingegen könnte man sich die Erhaltung des Forts durchaus vorstellen. Architekt Pei würde durch einen dieserart umgeänderten Bauauftrag zweifellos gefordert und müßte alle Register seiner Kunst ziehen, um ein technisch und ästhetisch einwandfreies Gesamt-Bauwerk hinzustellen, das in seiner Ganzheit real und jedem verständlich den Übergang vom Burg- und Festungszeitalter zu unserer glasnostischen Epoche symbolisieren würde.



Carlo Schmitz

Standort-Parallelen

Da die Standortfrage des Museums für moderne Kunst sowohl der Regierung, wie den Geschichts- und Denkmalpflegern zum unumgänglichen Stein des Anstoßes zu werden scheint, sollen auch zu diesem Punkt etliche Parallelen gezogen werden. Zu allen Zeiten hat es in der städtebaulichen Entwicklung heftige Streitfragen über Standorte geplanter Bauten gegeben. Nur in diktatorischen Epochen oder in mißbräuchlicher Anwendung der einstigen Unmündigkeit der Bevölkerung wurde selbstherrlich von oben herab dekretiert, wo was gebaut werden sollte. Der Fall des Fort Thüngen darf nicht zu einem Rückfall in jene "tempi passati" werden! Seit dem letzten Weltkrieg entsinnt man sich vor allem der "heliopolitischen" Pläne, auf dem Hl.-Geist-Plateau ein kolossales Ensemble staatlicher Bauten zu vereinigen. Desweiteren waren die Standortfrage der Sandweiler Kontrollstation, des neuen Athenäums, der Nationalbibliothek, der Internationalen Messe und so mancher Institute mehr oder minder heftig umstritten. Manche Entscheidungen haben sich auch nachträglich als falsch erwiesen, hauptsächlich aus Verkehrsgründen. Aber auch ökologische Ge-

sichtspunkte spielten mit, etwa als im Baumbusch einst ... ein großer Tierpark vorgeschlagen wurde. In der Regel aber legte sich der Standortstreit in demselben Maße, wie annehmbare Alternativlösungen verfügbar waren. Das aber fehlt beim Projekt des Museums für Moderne Kunst, und diese Unterlassung der Initiatoren verursacht sowohl bei den Befürwortern wie den Ablehnern des Projekts auf Drei Eichen schwere Hemmnisse. Michel Pauly hat in dem erwähnten "forum"-Beitrag eine ganze Anzahl denkbarer Standorte vorgeschlagen, denen kaum noch ein anderer hinzugefügt zu werden braucht, außer vielleicht dieser Idee: im Zuge einer auf die Dauer unausweichlichen Gesamturbanisierung des Glacisfeldes (und beginnend mit dem bereits geplanten unterirdischen Parking vor dem Stadttheater), den ganzen Kreuzungsverkehr am Rondpoint Schuman unterirdisch zu verlegen und diesen, dann herrlich gestaltbaren Platz mit dem modernen Pei-Monument zu krönen. Nach dem vor einigen Jahren verunglückten Versuch, hier eine rein dekorative Kolonnade rundzuführen, ist ohnehin eine Lösung für diesen markanten Eck- und Brückenpfeiler zwischen mehreren Stadtvierteln und Bau-Epochen fällig. Ein modernes, kunstvoll und repräsentativ gestaltetes

Kunstzentrum neben dem Stadttheater könnte ein passendes Ensemble ergeben. Jedenfalls dürfte die Unterlassung, Standort-Alternativen für das zukünftige Museum vorzulegen, auf keinen Fall zu einem zwingenden Grund zur Zerstörung des Fort Thüngen umgedeutet werden. Es gibt prachtvollere Lagen für das Museumsgebäude, als die Drei Eicheln. Und umgekehrt haben die Drei Eicheln, über ihre historische und natürliche Gestaltung hinaus, keine weitere "Verschönerung" nötig, die andern Plätzen unserer Hauptstadt oder auch anderen Orten des Landes außerordentlich bekömmlich sein könnte.

Die Zeitzwang-Parallele

Ein weiteres Argument, mit dem auf eine schnelle Lösung der Streitfrage gedrängt wird, ist das Zeit-Argument. Einerseits, so heißt es, sei der Anlaß zum Geschenk an das Landesoberhaupt, der 25. Jahrestag der Thronbesteigung, jetzt schon vorbei. Also dränge die Verwirklichung. Andererseits stelle sich eine zusätzliche Dringlichkeit durch das Herannahen des bereits erwähnten Jahres der europäischen Kulturhauptstadt Luxemburg, 1995. Auf beide Argumente lassen sich Parallelen beziehen, die die Dehnbarkeit des Zeitbegriffs in derlei Fällen beweisen. Greifen wir nochmals kurz auf das Hochzeitsgeschenk des Volkes an das Fürstenpaar zurück. Ohne weiter nachzuschlagen, weiß ich mich zu erinnern, daß an die zehn Jahre, wenn nicht noch mehr, nach der Prinzenhochzeit vergingen, bevor die Kinderklinik endlich eingeweiht wurde. Das lange Warten hat damals die Geduld junger Eltern aus den bereits erwähnten Gründen (mehr pediatriisch spezialisierte Ärzte, mehr Andrang von Kindern als Patienten, und dann die Kinderlähmung!) unheimlich strapaziert. Die unmittelbare Lebens- und Gesundheitsgefahr war weitaus ernster zu nehmen, als die jetzt angeblich bestehende Dringlichkeit des Kunstmuseums. Gut? Ding will nun einmal Weile haben, und eine Verzögerung läßt sich im Fall eines Museums weitaus eher verantworten, als bei einer Kinderklinik. Sogar auf die Gefahr hin, einen andern Staats- oder Kulturminister der Einweihungsfeier des neuen Kunstmuseums vorstehen zu sehen, sollte man sich lieber die nötige Zeit zum Überdenken der Problematik nehmen, als zu schnell unwiederbringbare Werte zu zerstören. Das Fälligkeitsdatum für das Geschenk an den Fürsten ist ja ohnehin schon vorbei. Also kommt es auf ein Jahr mehr oder weniger nicht so sehr an. Auch die europäische Ehre der Kulturhauptstadt riskiert, in eine flagrante Un-Ehre umzukippen, wenn zwar ein modernes Kunstmuseum bis 1995 fertiggestellt, zugleich aber ein unschätzbares Festungswerk mutwillig zerstört würde. Unsere Partnerländer der EG, denen ja 1995 mit dem neuen Kunstmuseum aufgetrumpft werden soll, haben bedeutsame Fachleute mit großen Kulturbauten am Werk. Sie sind Kollegen der Luxemburger Denkmalschützer. Sie werden "unser" Hauptstadt-Jahr nicht an einem einzigen, rechtzeitig aufgerichteten Prunkbau, sondern an der Ganzheit unseres Kulturstands beurteilen. Eines dieser Länder, Frankreich, kann sich eines Pei-Bauwerks rühmen. Das Luxemburger Volk hat keinerlei Interesse daran, mit einem unbedingt größeren Bauwerk als der Louvre-Pyramide in Europas Kulturgeschichte dieses Jahrhunderts einzugehen, zumal wenn der Preis dafür sich nicht nur auf

eine noch immer vage 4,5-Milliarden-Zahl an Steuergeldern, sondern zusätzlich auch noch auf ein zerstörtes, für das Verständnis unserer Nationalgeschichte jedoch unersetzliches Bauwerk aufläuft. Die Regierung, und wenn nicht sie, dann die Abgeordnetenkammer, sollte also eine Bedenkzeit erzwingen und den Kontrahenten Zeit zur Ausarbeitung eines Kompromisses gewähren, mit dem Auftrag, eine totale Integration des Fort Thüngen in den Museumsbau zu studieren. Sollte eine Einigung im Sinne der Erhaltung des Forts nicht möglich sein, dann müßte die nächste Priorität einem Standortwechsel des Pei-Projekts gehören, um dem Festungsbauwerk unbedingt seinen Fortbestand zu sichern.

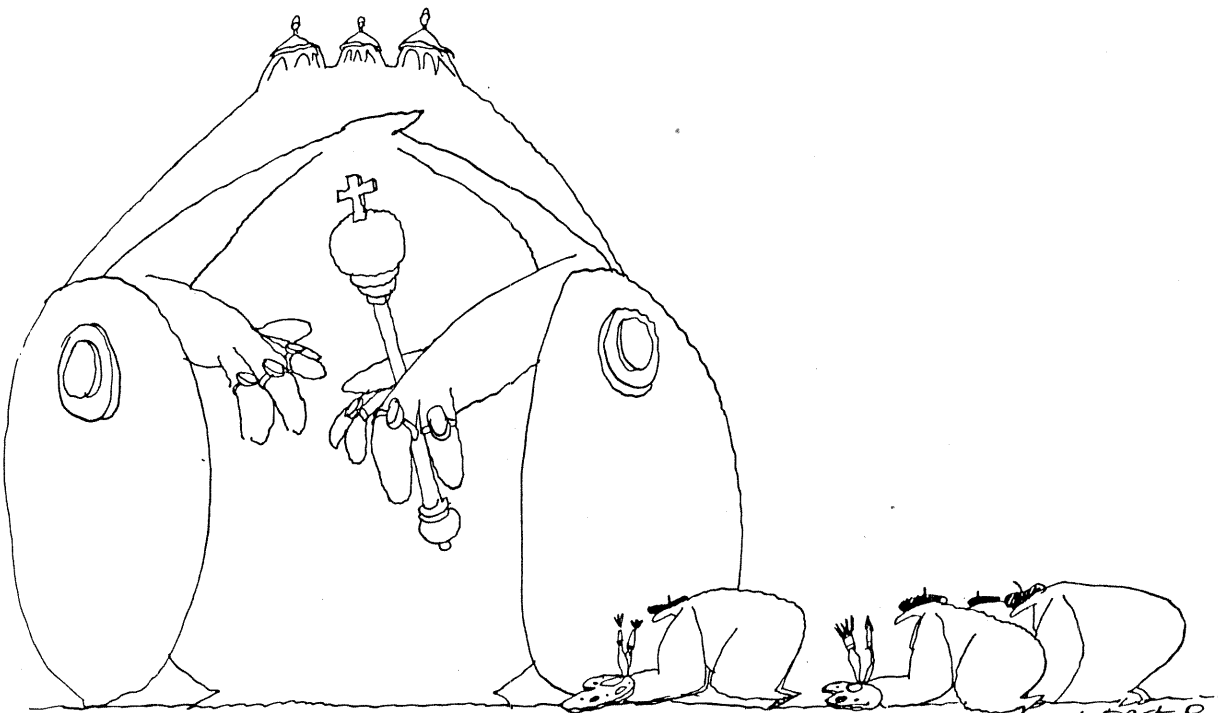
Architekten-Parallelen

Auf den ersten Blick scheint die weltweite Renommee von Architekt Ming Pei jedem, auch nur entfernt an moderner Architektur interessierten Beobachter derart beeindruckend, daß allein schon seine Annahme eines kleinstaatlichen Luxemburger Auftrags als seltene Chance und als eine Würdigung unseres Landes empfunden werden müßte. Würde umgekehrt, so denken gewiß die radikalen Verfechter seines Plans, auch nur die geringste Verstimmung des prominenten Mannes ihn kurz und bündig zur Aufgabe seiner Pläne bewegen, so wäre der kulturelle Schimpf unseres Landes weltweit nicht mehr aufzuhalten, und alle Bemühungen, zumal dieser Regierung, Luxemburgs bescheidenen Glanz international aufzupolieren, wären, kulturpolitisch jedenfalls, in Stumpf und Stiel zerschlagen. Laut dieser These wäre dann die Katastrophe für 1995 unabwendbar. In der Tat hat sich unser Ländchen im Umgang mit ausländischen Größen der Bauwelt noch immer schwergetan. Auch das ist eine denkwürdige Parallele zum Fall des Fort Thüngen. Entsinnen wir uns zum Beispiel des Architekten Bourbonnais, der zum bereits erwähnten Jahrtausendfest der Hauptstadt das neue, imposante Stadttheater entwarf und das damals mutig moderne Bauwerk auch zu erstellen begann. Seine Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden zerschellte eines Tages abrupt an der steten Einmischung irgendwelcher, seiner Ansicht nach provinzieller Mitbestimmer in seine Bauausführung. Bourbonnais kehrte Stadt und Land Luxemburg den Rücken. Aber das Stadttheater trägt weiterhin seine unverkennbare Prägung und erregte seit der Eröffnung nicht die geringste Beanstandung seitens seiner zahlreichen Benutzer. Umgekehrt erging es dem Entwerfer des Vago-Plans. Er hatte, nach stümperhaften Versuchen einheimischer, städtischer Planer, einen Bebauungsplan für die Hauptstadt geschaffen, den man damals für das "nec plus ultra" hielt. Als einer seiner Verfechter mußte der Unterzeichnete, wie viele andere Bürger im Lauf der späteren Jahrzehnte anhand der schauerlichen Verbauung der Hauptstadt einsehen, wie sehr er sich geirrt hatte. Vago, der Erbauer der beeindruckenden Basilika von Lourdes, wurde von Luxemburg mit Ehren und Dank für die Erledigung seines Planungsauftrags verabschiedet. Doch sein Plan erwies sich als den Ansprüchen der Bauhaie der 70er und 80er Jahre nicht gewachsen, und jetzt sind die Schäden nicht mehr zu beheben. Schuldbewußt ist hier das Bekenntnis fällig, nicht wachsam genug gewesen zu sein und die Schlupfstellen im Vago-Plan nicht rechtzeitig erkannt zu

**In der Regel
legte sich der
Standortstreit
in dem Maße,
wie annehmbare
Alternativlösungen
verfügbar
waren. Das
aber fehlt
beim Projekt
des Museums
für Moderne
Kunst.**

haben. Prima funktionierte hingegen die Bürgerwachsamskeit im Fall des Architekten Taillibert, der den schiefen Turm für das EP-Parlament, den "Grousse Kueb" des Volksmunds, entworfen hatte. Die ehrgeizige, freitragende Konstruktion sollte in ihrer statischen Waghalsigkeit eine equilibristische Wertsensation der Bautechnik werden. Doch zum Experiment kam es nicht. Ein einsichtiger Bautenminister piffte das Projekt ab, bevor es auf die demokratische Kraftprobe überhaupt angekommen wäre. Staats- und Kulturminister Santer wäre also nicht der erste

staatliche Baumeister, der mit "seinem" Star-Architekten in Schwulitäten gerät. Es gibt der Präzedenzfälle genug, wo -- besser spät als nie! -- ein unverzeihlicher Bauplanungsfehler durch die demokratische Wachsamskeit der Bevölkerung verhindert wurde. Und der "Fall Vago" beweist, wie verheerend sich eine ungenügende Einspruchsbereitschaft der Bevölkerung auswirken kann. Beeilen wir uns, hinzuzufügen, worum es hier NICHT geht: es geht nicht gegen das Projekt Pei an sich. Es geht auch nicht unbedingt gegen den Standort auf Drei Eichen. Worum es geht, ist die unbedingte Erhaltung des gesamten Fort Thüngen, des einzigen erhaltenen von insgesamt 23 Forts der Festung, die wir mit Stolz das "Gibraltar des Nordens" nannten. Da nicht das Projekt Pei an sich kontestiert wird, sondern nur dessen Größenordnung und die damit verbundene Zerstörung des Großteils des bloßgelegten Bauvolumens in seiner vorher nicht erkennbaren Ausdehnung, muß der Versuch eines Kompromisses unternommen werden. Mit Herrn Pei ist möglicherweise ein biegsameres Auskommen möglich, als mit den oben genannten Architekten von Weltruf und mit Luxemburg-Erfahrung. Herr Ming Pei ist Asiate und als solcher gewiß auch mit der Philosophie des ewigen Wandels aller Dinge vertraut. Würde er sonst mit Vorliebe das zerbrechlichste und vergänglichste aller Baumaterialien, Glas, verwenden? Würde er ohne das konstante Bewußtsein dieser Vergänglichkeit den Opponenten einen uns ungeheuerlich scheinenden Satz wie: "Luxemburg benötigt doch heute wohl kein Fort mehr zu seiner Verteidigung?" an den Kopf schleudern? Man sollte Herrn Pei nicht mißverstehen! Im Bewußtsein der Veränderlichkeit von Zeit und Raum, also auch der Anpassungsfähigkeit seiner eigenen Pläne, und mit seiner bereits legendären Höflichkeit wird Herr Ming Pei gewiß den ministerialen Bauauftrag auch dann annehmen und durchführen, wenn ihm die INTEGRALE Erhaltung des Fort Thüngen zur unerläßlichen Bedingung gestellt wird. Sollten die Luxemburger, die auf ihre geschichtlichen Bauwerke Wert legen, sich in dieser Annahme bei Herrn Pei geirrt



Carlo Schmitz

haben, dann müßte wohl oder übel auch bei ihm der Präzedenzfall der oben genannten Architekten Bourbonnais, Taillibert und letztlich auch Vago angewandt werden.

Die demokratische Parallele

Als vorletztes Argument muß hier nachdrücklichst auf die demokratische Dimension des gesamten Falles Drei Eichen hingewiesen werden. Wenn nicht eine genügend breite Mehrheit der Bevölkerung hinter dem "Geschenk des Volkes an den Fürsten" steht, laufen alle beteiligten Politiker Gefahr, sich gehörig ins eigene Fleisch zu schneiden. In kritischen Fällen wie diesen wirkt sich jeder undemokratische Mangel leicht als Bumerang gegen seine Urheber aus. Als Parallele sei der schon lange in Vergessenheit geratene Fall, besser: der Sturz eines bestbekannten Ministers über ein heute als "klein" einzustufendes Bauprojekt in Erinnerung gerufen. Der Bau der Sandweiler Kontrollstation war dem damaligen Bauten- und Verkehrsminister zum Verhängnis geworden, nur weil er einer scheinbar läßlichen Unterlassung überführt worden war. Damals ließen Parlament und Bürger nicht mit sich spassen. Koalitionen sind nun einmal nicht viel bruchsfester als Glasplättchen. Die Bevölkerung ist in bezug auf das Projekt des Kunstmuseums in zwei Dingen hellhörig geworden: einerseits über den Schutz historischer Anlagen, und andererseits über den Kostenpunkt. Daß Tausende von Familien dieses Landes heutzutage auf ihren eigenen Besitz und ihren Beitrag zum Erhalt des Architektur-Patrimoniums berechtigt stolz sind, wurde bereits erwähnt. Alle diese Leute lehnen die in den 60er Jahren übliche Wegrasierung von Altbauten und deren Ersatz durch moderne "Zweckbauten" ab. Eine Generation verantwortlicher Bürger wuchs in diesem Bewußtsein heran und schaut der Regierung diesbezüglich genau auf die Finger. Darüber hinaus ist in den letzten anderthalb Jahrzehnten auch kollektiv ein neuer Wertmaßstab gebräuchlich geworden, der in jeder Gemeinde, in jeder Pfarrei, in jeder



Carlo Schmitz

Kleinstadt und auch in größeren Städten einen pflegerischen Umgang als früher mit den öffentlichen Altbauten zur Regel gemacht hat. Vom Wiederaufbau von "Al-Esch" über das einstige Collart- und heutige Bettemburger Schloß bis hin zum Hennesbau in Feulen und so vielen andern rustikalen Kleinodien unserer Dörfer und Städtchen sind sozusagen überall kommunale Bewußtseinsnahmen erfolgt, die eine grundlegende Wende in der Wertschätzung erhaltenswürdiger Bausubstanz zur Folge hatten. Man kann sich schlecht vorstellen, daß dieselben Gemeindepolitiker als Deputierte einer Zerstörung des einzigen, lückenlos erhaltenen Festungsteils von Luxemburg zustimmen würden. Auch sie riskierten sonst einen Gesichtsverlust erheblichen Ausmaßes. Vor zwei Jahren wurde eifrig über das nationale Identitätsbewußtsein der Luxemburger diskutiert. Bekundet es sich nicht am allerdeutlichsten in den Tausenden von Bekenntnissen zum traditionellen Baustil unseres Landes, Bekenntnisse, die die Leute in ihren Hausfassaden genau so unübersehbar zur Schau tragen, wie einst in patriotischeren Zeiten durch das Aushängen ihrer Fahnen? Dasselbe Gefühl von Heimatstolz äußert sich in der Verteidigung eines einmaligen archäologischen Funds, wie Fort Thüngen einer ist.

**Die
Luxemburger
Kulturszene
hat nun
einmal ihre
Grenzen. Wer
die vergißt,
wird sich des
Größenwahns
bezüchtigen
lassen
müssen.**

Die finanzielle Parallele

Letztlich bleibt die finanzielle Parallele. Hier gäbe es Dutzende Beispiele von maßlosen Kreditüberschreitungen, von übertriebenen Ausgaben für umstrittene Bauprojekte, von endlosen Ketten laufender Ausgaben, die durch unüberlegt überdimensionierte Bauwerke veranlaßt wurden und nachträglich nicht mehr aufzuhalten sind. Vorhaben wie die in den frühen 60er Jahren ausgeschriebene Urbanisierung des Hl.-Geist-Plateaus wurden wegen ihrer Unbezahlbarkeit einfach aufgegeben. Heute schwimmt der Staat im Geld und glaubt, derlei Rückzieher nicht mehr nötig zu haben. Die Baudimension des Kunstmuseums aber scheint vielen Kritikern allein schon wegen den geschätzten 4,5 Milliarden Baukosten nicht tragbar.

Das ist ein dicker Brocken, für den viele, sozial notwendige Bauziele erreichbar wären. Das müßte zu mindest den sozial denkenden Deputierten, lies: den Sozialisten, zu denken geben. Darüber hinaus wird immer bedenklicher, wieviel Geld erst nachträglich erfordert sein wird, um den Glaspalast mit Programmen und Ausstellungen zu beleben, damit er nicht als leere Kulturscheune vor der Kulisse des Europazentrums in die Landschaft gähnt. Eine permanente Belebung des Bauwerks mit angepaßten Ausstellungen und Aufführungen verlangt wahre Entdeckungskünste und viel europa- und weltweites Kunstverständnis und Fingerspitzengefühl, wenn sie dem anspruchsvollen Haus entsprechen soll. Das Museum für Moderne Kunst darf auf keinen Fall ein zweites "Europa-Ballett" werden, d.h. ein Unternehmen, das selbstherrlich und demokratisch höchst fragwürdig von einigen übereiligen Kulturpolitikern mit öffentlichen Finanzen gestartet, dann aber ziel- und programmlos im luftleeren Raum hängen gelassen wird. Bevor die Kammer ihr Ja-Wort zum Projekt gibt, müßten ihr glaubwürdige Belege für eine langlebige Animierung des Museums, und zwar nicht nur mit ausländischen Leihgaben, vorgelegt werden. Ob dies überhaupt möglich ist, wird von der Luxemburger Kunstszene selber stark in Frage gestellt. Als vergleichbare, diesmal positive Parallele sei die Privatstiftung Giannada in Montigny im Schweizer Wallis erwähnt. Am Pei-Projekt gemessen ist das ein bescheidenes, viel kleineres, aber sehr würdevoll gestaltetes Gebäude. Sein echter Wert aber liegt in der erstaunlichen Fündigkeit seiner Leitung. Seit seiner Eröffnung wartet Gianadda mit europaweit kommentierten Premieren auf, wie den Ausstellungen der verloren geglaubten Werke von Camille Claudel, oder mit den kürzlich erst im Zeichen von Glasnost wiederentdeckten russischen Frühwerken Chagalls, oder mit unbekannten, teils obszönen Jugend-Radierungen und Zeichnungen von Picasso, usw. Luxemburg kann sich kaum die tollen Ausgaben leisten, die Pei-Pyramide in ihrem jetzt geplanten Ausmaß zu errichten. Noch viel schwerer aber ließen sich luxemburgischerseits jemals international geltende kunsthistorische Autoritäten finden, die dieses Museum auch inhaltlich, seinem Milliardenwert entsprechend, dauernd auf einem weltweit anerkanntswerten Niveau halten können, wie das Gianadda-Zentrum.

Kein zweites Europa-Ballett!

Diesmal liegt die Verantwortung bei der Abgeordnetenversammlung, ein zweites Europa-Ballett auf den Drei Eichen zu verhindern. Die Luxemburger Kulturszene hat nun einmal ihre Grenzen. Wer die vergißt, wird sich des Größenwahns bezüchtigen lassen müssen. Das Europa-Ballett, die fehlenden professionellen Theatertruppen der vielen neuen Bühnen, die Mühen, ein Symphonieorchester zu finanzieren, all das sollte ebenfalls als Parallelen, als fragwürdige wiederum, erwogen werden.

Fazit

Trotz dieser Bedenken bleibt schlußfolgernd ein für alle Beteiligten ehrenhafter Kompromiß in dieser Sache wünschenswert. Es soll jedweder weiterer Eklat verhindert werden. Wer als Kulturpolitiker

nach höchsten Ehren greift, erlebt leicht den tiefsten Sturz. Doch in welche Richtung auch immer die Lösung hinzielt: Fort Thüngen zu zerstören, wäre am Tag der Grundsteinlegung und der feierlichen Eröffnung des glanzvollen Glaspalasts einer massiven Gegendemonstration aller in- und ausländischen Einwohner würdig, die Wert auf die Geschichte und Erhaltung ihrer Zeugnisse legen. Kein Kulturprojekt kann so glanzvoll sein, daß eine ausgesprochene Kulturschande zu seiner Vorbedingung gemacht wird. Weder die Regierung, noch das Parlament, und erst recht nicht das Fürstenhaus hat es nötig, es in dieser Sache darauf ankommen zu lassen. Noch ist es Zeit

zu einem sachlichen Überdenken und Redressieren der verfahrenen Situation.

Rosch Krieps

*PS in eigener Sache: Aufmerksame Leser mögen in diesen Zeilen scheinbare Widersprüche des Autors zu seinen, ebenfalls das Geschichtsverständnis betreffenden Ausführungen vor zwei Jahren in den "Cahiers Luxembourgeois" ^{**} entdecken. Gerade aus der Relativierung der "Historitis" heraus aber schlägt das Pendel in jenem Augenblick um, wo der Wahrung der Geschichte echte Gefahr droht. Das trifft nunmehr auf Drei Eicheln zu.*

^{*}"Die Schlacht um das Fort Thüngen", "forum" 128/129, Juli 1991

^{**}"Historitis?", Cahiers Luxembourgeois Nr. 3 und Nr. 4/1989 und Nr. 1/1990.